

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band: 135 (2007)

Rubrik: Landeschronik von Appenzell A. Rh.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landeschronik von Appenzell A. Rh. für das Jahr 2007

JÜRG BÜHLER, HERISAU

Das Jahr 2007 war für Appenzell Ausserrhoden das Jahr, in dem sich die an der Urne beschlossene Abschaffung der Landsgemeinde zum zehnten Mal jährte. Der Aufmarsch von über 500 Frauen und Männern zur Erinnerungsfeier am letzten April-Sonntag in Trogen machte deutlich, dass die Landsgemeinde noch nicht aus den Köpfen verschwunden ist. Darum verwundert es nicht, dass eine Volksinitiative lanciert wurde, welche die Wiedereinführung der Landsgemeinde postulierte. Die Regierung nahm das von 1300 Stimmberechtigten unterzeichnete Begehr entgegen und gab in der Folge eine Expertise in Auftrag, die über die Gültigkeit der Initiative Aufschluss geben soll.

Die Wahlen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene im Jahr 2007 warfen keine hohen Wellen. Sowohl bei den Mitgliedern der Regierung als auch bei der Ausserrhoder Zweier-Delegation in Bern gab es keine Rücktritte, und die Bisherigen wurden mit deutlichen Mehrheiten wiedergewählt. Die Evangelische Volkspartei (EVP) zog mit zwei Sitzen erstmals in den Kantonsrat ein. Die zur Abstimmung gelangenden kantonalen Vorlagen wurden an der Urne im Sinne von Parlamentsmehrheit und Regierung gutgeheissen. Am meisten zu reden gaben im Vorfeld der Abstimmungen das total revidierte Gesundheitsgesetz und die Musikschulinitiative. Mit dem Ja zum 17-Mio.-Franken-Kredit für die Sanierung des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA) in Herisau wurde grünes Licht für den Baubeginn im Jahre 2008 gegeben.

Zu einem freudigen Akt kam es im Kantonsratssaal, als Finanzdirektor Köbi Frei den Ausserrhoder Gemeinden symbolisch ihren Anteil an den 51 Mio. Franken aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes überreichte. Vorgängig war die dafür notwendige Gesetzesgrundlage an der Urne im zweiten Anlauf gutgeheissen worden. Zustimmung fand gleichzeitig auch die Steuergesetzrevision, die Ausserrhoden bei der Unternehmensbesteuerung auf einen Spitzensitz bringt. Die politischen Behörden befassten sich aber nicht nur mit Geld: Mit einem wegweisenden Kulturkonzept wurde die Grundlage für eine breite kantonale Kulturförderung geschaffen, die u. a. auch die Verleihung eines Ausserrhoder Kulturpreises vorsieht.

Ende Februar ist mit Armin Stoffel ein besonders verdienter Angestellter altershalber aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Während mehr als 35 Jahren amtete er als umsichtiger und engagierter Sekretär des Departements



Eindrücke von der Erinnerungsfeier in der Kirche Trogen
zehn Jahre nach der Abschaffung der Landsgemeinde.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Volks- und Landwirtschaft und versah daneben das Amt des stellvertretenden Ratschreibers. Zum Nachfolger von Armin Stoffel als Departementssekretär wählte der Regierungsrat Gildo Da Ros. Im Departement Gesundheit hat Rolf Arnold eine neue Aufgabe übernommen und das Departementssekretariat Ende 2007 an Gabriela Küpfer abgegeben. Als weitere Personalmutationen seien die Wahl von Georg Amstutz zum Leiter Information und Kommunikation und von Madeleine Heim zur Leiterin des Personalamts von Appenzell Ausserrhoden erwähnt. Georg Amstutz folgte auf Erich Niederer und Madeleine Heim ersetzte Nelly Näf. Anstelle des altershalber zurückgetretenen Hanspeter Eisenhut übernahm Ernst Zingg das Doppelpräsidium von Obergericht und Verwaltungsgericht.

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene wurde an zwei Wochenenden über zwei eidgenössische Vorlagen abgestimmt. Dabei deckte sich der Abstimmungsausgang im Kanton bei beiden Vorlagen mit dem Ergebnis auf gesamtschweizerischer Ebene.

	Ja	Nein
11. März Initiative für Einheitskrankenkasse	3099	13 682
Die von der SP lancierte Volksinitiative für die Schaffung einer Einheitskrankenkasse wurde mit einem Ja-Anteil von 29 Prozent klar abgelehnt. In Ausserrhoden fiel die Ablehnung mit einem Ja-Anteil von 18,5 Prozent noch deutlicher aus.		

	Ja	Nein
17. Juni Revision der Invalidenversicherung	9321	4646

Bei der Revision des Gesetzes über die Invalidenversicherung handelte es sich um eine Referendumsabstimmung. In Ausserrhoden wurde die Gesetzesrevision mit einem Ja-Anteil von 66,7 Prozent gutgeheissen; auf gesamtschweizerischer Ebene votierten 59,1 Prozent für die Annahme.



FDP-Präsident Hanspeter Blaser (rechts) gratuliert Nationalrätin Marianne Kleiner und Ständerat Hans Altherr zur Wiederwahl.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Eidgenössische Wahlen

Am 21. Oktober fanden die Wahlen in die eidgenössischen Räte statt. Ständerat Hans Altherr (FDP) und Nationalrätin Marianne Kleiner-Schläpfer (FDP) stellten sich zur Wiederwahl. Sowohl SP als auch SVP verzichteten offiziell auf Kampfkandidaten, doch wurde von Seiten der SVP insbesondere gegen Marianne Kleiners Bestätigung opponiert. Die Stimmabteilung lag bei tiefen 37,7 Prozent.

<i>Ständeratswahlen</i>	Hans Altherr (FDP)	10 880
	Edgar Bischof (SVP)	310
	Ivo Müller (SP)	98
	Matthias Weishaupt (SP)	84
	Andere	1032
<i>Nationalratswahlen</i>	Marianne Kleiner (FDP)	7780
	Edgar Bischof (SVP)	1548
	Ivo Müller (SP)	133
	Matthias Weishaupt (SP)	99
	Andere	1916

Kantonale Abstimmungen

Mit einem Kredit zur baulichen Sanierung des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA), zwei Finanzvorlagen, der Musikschulinitiative mit Gegenvorschlag sowie dem total revidierten Gesundheitsgesetz wurden den Stimmberechtigten 2007 sechs Ge-

schäfte zum Entscheid unterbreitet. Alle Vorlagen wurden im Sinne der Empfehlungen von Regierung und Parlament verabschiedet.

	Ja	Nein
11. März		
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden	11 504	3331

Mit dem Rahmenkredit von 17,1 Mio. Franken sollen die Anlagen und Gebäulichkeiten des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA) im Laufe der kommenden Jahre optimiert werden. Die Gesamtkosten sind auf knapp 40 Mio. Franken veranschlagt; rund 22 Mio. Franken kann die Regierung als gebundene Ausgaben in eigener Kompetenz bewilligen. Die Stimmabteiligung lag bei 41,6 Prozent.

	Ja	Nein
17. Juni		
Musikschulinitiative	5194	6878
Gegenvorschlag des Kantonsrats	5985	5524

Die Musikschulinitiative eines überparteilichen Komitees hatte zum Ziel, die musikalische Grundausbildung für Erst- und Zweitklässler kostenlos anzubieten und in die Stundentafel zu integrieren. Darüber hinaus verlangte die Initiative eine stärkere finanzielle Unterstützung der Musikschulen durch den Kanton. Für die Initiative fand sich bei den Stimmenden keine Mehrheit. Der angenommene Gegenvorschlag sieht vor, dass Erst- und Zweitklässler über den Lehrplan eine unentgeltliche musikalische Grundausbildung erhalten werden. Die Stimmabteiligung betrug 35 Prozent.

	Ja	Nein
21. Oktober		
Revision Steuergesetz	10 715	3420
Nationalbankgoldgesetz	12 875	1333

Die Abstimmung über das revidierte Steuergesetz und das Nationalbankgoldgesetz war notwendig geworden, nachdem das Bundesgericht im Jahre 2006 eine Beschwerde gegen die

Abstimmung über das Nationalbankgoldgesetz geschützt hatte. Dies mit der Begründung, dass mit der Zusammenfassung von zwei separaten Vorlagen in einem «Mantelerlass» die Einheit der Materie verletzt worden sei. Der Vorlage über die Steuergesetzrevision war vor allem von Seiten der SP Opposition erwachsen, obwohl auf die bei der ersten Vorlage heftig kritisierte degressive Besteuerung vermögender Kantonseinwohner verzichtet worden war. – Das Nationalbankgoldgesetz wurde mit einer Ja-Mehrheit von 90 Prozent gutgeheissen. Darin werden die Modalitäten der Verteilung der rund 50 Mio. Franken an die Gemeinden geregelt, die der Kanton aus dem Verkauf von Nationalbankgold erhalten hat. Die Stimmabteiligung lag bei 40 Prozent.

	Ja	Nein
25. November		
Gesundheitsgesetz (mit Nichtraucherschutz)	8954	7414
Gesundheitsgesetz (ohne Nichtraucherschutz)	7176	8412

Obwohl das total revidierte Gesundheitsgesetz viele wichtige Aspekte im kantonalen Gesundheitswesen zukunftsweisend regelt, gaben im Vorfeld der Abstimmung fast nur der Nichtraucherschutz in Gastwirtschaftsbetrieben und die einschränkenden Werbebestimmungen für Alkohol zu reden. Die übrigen Punkte im Gesetz blieben weitgehend unbestritten. Der Abstimmungskampf wurde teilweise sehr emotional geführt. Die Kampagne für ein zweifaches Nein von bürgerlicher Seite war erfolglos, fand doch das Gesundheitsgesetz mit Nichtraucherschutz schliesslich eine relativ deutliche Annahme. Die Stimmabteiligung lag bei 46,2 Prozent.

Kantonale Wahlen

Bei den Gesamterneuerungswahlen am 11. März mit einer Stimmabteiligung von 36,1 Prozent wurden alle sieben Regierungsmitglieder sowie Landammann Jakob Brunnschweiler für eine weitere vierjährige Amtszeit bestätigt. Im Einzelnen wurden die folgenden Stimmenzahlen erreicht:

Jakob Brunnschweiler (FDP)	12 243
als Landammann	12 090
Hans Diem (SVP)	12 342
Rolf Degen (FDP)	12 500
Jürg Wernli (FDP)	12 431
Köbi Frei (SVP)	11 921
Marianne Koller-Bohl (FDP)	12 338
Matthias Weishaupt (SP)	12 491

<i>Verwaltungsgericht</i>	
Aline Auer-Mezener	12 838
Regula Eugster-Luder	12 807
Markus Joos	12 873
Otmar Sieber	12 824
Martin Engler	12 763
Alfred Zuberbühler	12 832
Simon Graf	12 875
Ernst Graf	12 758

Bei den Gesamterneuerungswahlen in den Kantonsrat eroberte sich die Evangelische Volkspartei (EVP) auf Anhieb zwei Sitze. Trotz vier Sitzverlusten bleibt die FDP mit 26 Sitzen stärkste Fraktion im Kantonsrat, die Parteiunabhängigen steigerten sich hingegen um drei auf 22 Sitze. Die SVP hat unverändert acht Sitze und die SP verlor einen Sitz und hat noch vier Mandate. Die CVP konnte ihre drei Sitze im Kantonsrat verteidigen.

Spannender als die Wahlen in die Regierung waren die Gesamterneuerungswahlen ins Obergericht und ins Verwaltungsgericht. Zuersetzen waren die abtretenden Hanspeter Eisenhut, der beide Gerichte präsidierte, und Oberrichterin Trudi Elmer. Im Vorfeld dieser Wahlen gab die Doppelpräsidenschaft zu reden. Wer sich dem Kantonsrat als Wahlgremium für das Doppelpräsidium zur Verfügung stellen wollte, der musste zuerst an der Urne in beide Gerichte gewählt werden. Dies schaffte im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten. Otmar Sieber wurde als Verwaltungsrichter bestätigt, aber nicht ins Obergericht gewählt, Philipp Ludwig verblieb im Obergericht, verpasste aber die Wahl ins Verwaltungsgericht. Der bisherige Kantonsgerichtspräsident Ernst Zingg verfehlte zwar das absolute Mehr für die Wahl in beide Gerichte deutlich, er war aber klar der beste der Kandidaten für beide Gremien. Neu als Oberrichterin gewählt wurde die bisherige Kantonsrichterin Corinne Spiller aus Speicher. Die Resultate der Wahlen in die beiden obersten kantonalen Gerichtsinstanzen:

<i>Absolutes Mehr nicht erreicht:</i>	
Toni Bienz	3652
Philipp Ludwig	3974
Ernst Zingg	5288

<i>Obergericht</i>	
Christian Nännny	12 866
Jessica Kehl-Lauff	12 747
Heinz Frischknecht	12 866
Philipp Ludwig	12 695
Markus Binder	12 879
Susanne Rohner-Staubli	12 811
Thomas Bruppacher	12 670
Corinne Spiller (neu)	9984

<i>Absolutes Mehr nicht erreicht:</i>	
Hanspeter Lanker	3500
Otmar Sieber	4624
Ernst Zingg	5501

Anlässlich des zweiten Wahlgangs am 22. April wurde Ernst Zingg mit 5938 Stimmen als neuer Oberrichter gewählt; Otmar Sieber kam auf 5502 Stimmen. Weil Ernst Zingg im zweiten Wahlgang in stiller Wahl als Verwaltungsrichter gewählt worden war, wurde er zum Kronfavoriten für das Doppelpräsidium von Obergericht und Verwaltungsgericht. An der Sitzung vom 14. Mai wählte das Kantonsparlament Ernst Zingg, Gais, zum Präsidenten der beiden obersten kantonalen Gerichte.

Kantonsrat

Der Ausserrhoder Kantonsrat trat im Jahre 2007 zu acht Sitzungen zusammen und behandelte eine Reihe gewichtiger Gesetzesrevisionen: Gesundheitsgesetz mit Schutz vor Passivrauchen, Berufsbildungsgesetz, Steuergesetz mit rekordtiefem Steuerfuss und Sozialhilfegesetz. Hinzu kamen Vorlagen im Zusammenhang mit

dem neuen Finanzausgleich und der Verteilung des Erlöses aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes. Bei der Musikschulinitiative beschloss der Rat Ablehnung und stellte dem Begehr einen Gegenvorschlag gegenüber. Keine Chance hatte im Kantonsrat die Proporzinitiative. Der parteiunabhängige Arthur Sturzenegger, Reute, übernahm als Nachfolger der freisinnigen Regina Dörig, Urnäsch, das Präsidium des Parlaments.

An der Kantonsratssitzung vom 19. März standen zwei bildungspolitische Themen im Mittelpunkt: die erste Lesung der Teilrevision des Berufsbildungsgesetzes sowie die zweite Lesung der Musikschulinitiative. Es waren die Elternbeiträge für Brückenangebote, die beim neuen Berufsbildungsgesetz Diskussionsstoff boten. Dabei setzte sich praktisch auf der ganzen Linie die Haltung der Regierung durch. Der Vorschlag der Regierung sah vor, dass der Kanton höchstens 12 000 Franken übernehmen sollte. Den Rest, also jährlich gegen 4500 Franken, hätten die Eltern zu bezahlen. Die vorberatende Kommission wollte den Freibetrag auf 13 000 Franken erhöhen. FDP und SVP hielten Elternbeiträge grundsätzlich für «sinnvoll». CVP und SP sowie einige Parteiunabhän-

gige sträubten sich dagegen und bezeichneten es als «unfair», wenn weiterführende Schulangebote wie die Kantonsschule dann wieder kostenfrei besucht werden könnten. In der Abstimmung erreichte der Vorschlag der Regierung in der zweiten Ausmarchung exakt das absolute Mehr von 30 Stimmen. – Ähnliche Diskussionen gab es bei der zweiten Lesung der Musikschulinitiative. Auch hier ging es darum, was für die Eltern finanziell verkraftbar sei und wie die Kosten zu verteilen wären. Der Kantonsrat entschied schliesslich klar gegen die Initiative und zog den Gegenvorschlag der Regierung demjenigen der Kommission vor (vgl. Volksabstimmung vom 17. Juni). – Ohne grössere Diskussionen verabschiedet wurde in erster Lesung das Partnerschaftsgesetz, in dem verschiedene Erlasse an das Bundesgesetz angepasst wurden. – In zweiter Lesung wurde die Teilrevision des Feuerschutzgesetzes mit einer Enthaltung verabschiedet; die entsprechende Verordnung passierte einstimmig.

Das Geld stand an der Sitzung des Kantonsrates vom 16. April im Zentrum. Die Anpassung der Gehälter der Regierungsmitglieder führte zu einer längeren Debatte; die Staatsrechnung 2006 wurde ohne grosse Diskussionen verabschiedet. – Die für die Vorbereitung der «Ver-



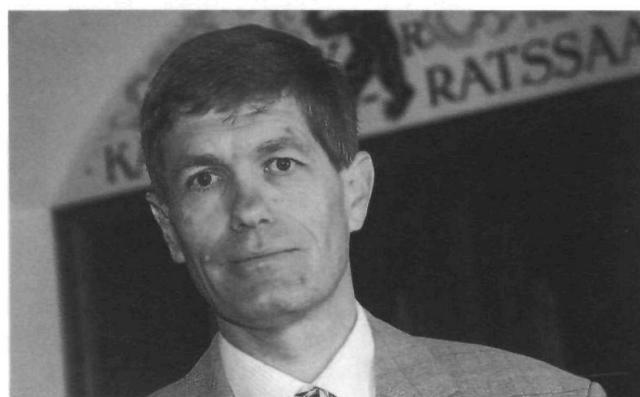
Kantonsrat: Die Mitglieder der Regierung unterbreiteten dem Kantonsrat einige gewichtige Gesetzesrevisionen.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

ordnung über die Besoldung und berufliche Vorsorge der Regierung» zuständige Finanzkommission hatte zwar von einer «unspektakulären Vorlage» gesprochen und keine Anträge auf eine Besoldungserhöhung gestellt. Der Kantonsrat setzte schliesslich eine Gehaltserhöhung von 2,1 Prozent auf 175 000 Franken und eine Zulagenerhöhung für den Landammann auf 22 000 Franken durch. Es wird nach wie vor von einem 80-Prozent-Pensum ausgegangen. – Die Staatsrechnung 2006 schloss um rund fünf Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dank des Nationalbankgold-Erlöses aus dem Jahre 2005 konnte das Verwaltungsvermögen um 60 Mio. Franken abgeschrieben werden. Der Kanton ist somit faktisch schuldenfrei. Derzeit wird ein Nettovermögen von über 76 Mio. Franken ausgewiesen. Allerdings fliessen aufgrund des Golderlös-Verteilschlüssels 51 Mio. Franken an die Gemeinden zurück und eine Million ist für den Kulturfonds reserviert. Leise Kritik gab es lediglich von der SP-Fraktion, der die Rechnungslegung ein Dorn im Auge war. Die gegenüber dem Budget zusätzlich gemachten Abschreibungen von 5,4 Mio. Franken wurden als «verschleierter Abschluss» bezeichnet. – Unbestritten nahm der Kantonsrat von der Jahresrechnung der Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden Kenntnis. Bei der Kenntnisnahme des Berichts über den Stand der kantonalen Richtplanung gaben die Verwertung von Aushub, die Fruchtfolgeflächen sowie die Bauzonenzuweisungen der Gemeinden zu reden.

Die erste Lesung der Revision des Steuergesetzes mit einem rekordtiefen Steuerfuss für Firmen und die Vorlage über die Verteilung des Erlöses aus dem Nationalbankgoldverkauf prägten die Sitzung des Kantonsrates vom 14. Mai. Für 13 Ratsmitglieder war es die letzte Sitzung; verabschiedet wurde auch die turnusgemäß abtretende Kantonsratspräsidentin Regina Dörig, Urnäsch. – Auch wenn die Regierung bei der Revision des kantonalen Steuergesetzes diesmal auf den mit einer Beschwerde bekämpften degressiven Steuersatz für Super-

reiche verzichtete, gab es erneut Opposition von linker Seite. Das neue Gesetz fokussiert auf die Unternehmenssteuern, die den Kanton schweizweit zum Steuerparadies für Firmen machen und zu einer Spaltenposition in Europa führen könnten. Über eine Unternehmensgewinnsteuer von sechs Prozent (heute 13,5) und eine Dividendenbesteuerung zu 60 Prozent sollte der Zuzug neuer Firmen gefördert und gleichzeitig der Gefahr der Abwanderung bestehender Unternehmen entgegengewirkt werden. Die Regierung wurde von der bürgerlichen Ratsmehrheit beauftragt, zuhanden der zweiten Lesung einen Teilsatz von 50 Prozent zu prüfen. Die SP sah in der Vorlage erneut verfassungswidrige Elemente, insbesondere bei der Teilsatzbesteuerung. Überdies seien die Erwartungen der Befürworter «hoch spekulativ» und würden auf dem Prinzip Hoffnung beruhen. Der Rückweisungsantrag wurde klar abgelehnt und die Vorlage mit 53 Nein bei zwei Enthaltungen in erster Lesung gutgeheissen. – Das Nationalbankgoldgesetz wurde im zweiten Anlauf und basierend auf den Erfahrungen des Vorjahres als separate Vorlage behandelt. Die vorgesehene Verteilung des Golderlöses mit 51 Mio. Franken für die Gemeinden und einer Mio. Franken in den Kulturfonds blieb in erster Lesung unbestritten. Die Gemeinden sollten das Geld zum Abbau von Schulden und zur Kompensation der geschätzten Ausfälle aus der Steuergesetzesrevision verwenden. – Auf An-

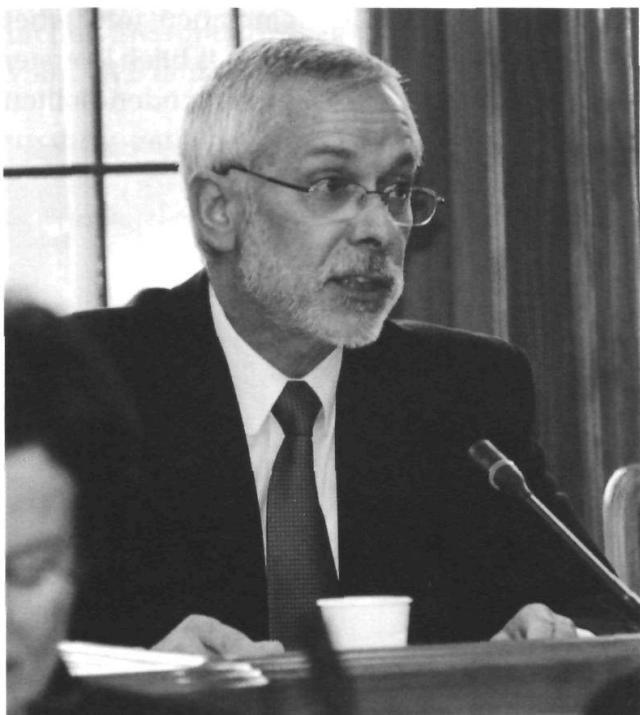


Ernst Zingg ist neuer Präsident des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts von Appenzell Ausserrhoden.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

trag der Justizkommission hielt der Rat am Doppelpräsidium für das Ober- und das Verwaltungsgericht fest. In das Amt wurde der 51-jährige parteilose Ernst Zingg gewählt (siehe oben). – Bei der Behandlung des Berichts der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) kam es zu einer Diskussion um die Bewerbung und Abschreibung der Miteigentumsanteile des Kantons am Herisauer Geschäftshaus Gutenberg-Zentrum. – Ohne grössere Wortmeldungen passierten im Rat die folgenden Jahresberichte: Rechenschaftsbericht des Regierungsrates, Rechenschaftsberichte von Ober- und Verwaltungsgericht, Bericht der Justizkommission sowie der Geschäftsbericht der Ausserrhoder Assekuranz.

Die erste Sitzung des Kantonsrates im neuen Amtsjahr am 25./26. Juni stand im Zeichen einiger grosser Brocken. So befasste sich der Rat in erster Lesung mit der Revision des Gesundheitsgesetzes sowie einem neuen Sozialhilfegesetz, und schliesslich wurden auch die Aufgabenentflechtung sowie die Neugestaltung des Nationalen und Kantonalen Finanzausgleichs (NFA/KFA) behandelt. –



Arthur Sturzenegger nach seiner Wahl zum neuen Kantonsratspräsidenten. (Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Zu Beginn der zweitägigen Sitzung hatte der Kantonsrat sein Büro neu gewählt und die ständigen Kommissionen bestellt. Zum neuen Ratspräsidenten wurde der Gemeindepräsident von Reute, der parteiunabhängige Arthur Sturzenegger, gewählt. Er wirkte als erster Kantonsratspräsident nur ein Amtsjahr, nachdem die Geschäftsordnung entsprechend geändert worden war. Zum ersten Vizepräsidenten und damit designierten Nachfolger Sturzeneggers rückte Gilgian Leuzinger (FDP), Bühler, auf. Mit dem zweiten Vizepräsidenten Ralph Devos, Heiden, zog die SVP erstmals ins Büro ein. Wechsel gab es auch in zwei wichtigen Kommissionen: Die Finanzkommission erhielt den freisinnigen Reto Altherr, Teufen, als Präsidenten, und in der StwK übernahm die ebenfalls freisinnige Simone Tischhauser, Bühler, das Präsidium. – Für den Entwurf des total revidierten Gesundheitsgesetzes gab es von der Parlamentarischen Kommission und den Sprechern der Parteien von links bis rechts freundliche Worte. Der Ton änderte sich in der Detaildebatte. So beschloss der Rat entgegen dem Vorschlag der Regierung, dass der Kanton sich auch in Zukunft zu einem Dritteln an den Spitex-Kosten für hauswirtschaftliche Leistungen beteiligen müsse. Zu reden gab auch der Schutz vor Passivrauchen. Die Parlamentarische Kommission hatte ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und Schularealen gefordert. Auf Antrag von FDP-Kantonsrat Richard Wiesli, Teufen, wurde das Rauchverbot auf geschlossene, öffentlich zugängliche Gebäude wie Spitäler und Restaurants ausgedehnt; erlaubt wäre das Rauchen somit nur noch in abgetrennten und gekennzeichneten Räumen. Schliesslich hiess der Rat das revidierte Gesundheitsgesetz mit 57 Ja bei vier Nein und drei Enthaltungen in erster Lesung gut. – Als zweites grosses Geschäft wurde das lange erdauerte neue Sozialhilfegesetz behandelt. Die ersten Vorarbeiten zum Erlass, der das überholte Gesetz aus dem Jahre 1974 ablösen wird, begannen schon vor mehreren Jahren. Erste Anläufe scheiterten an den Gemeinden, die um ihre

Autonomie fürchteten. Bei der neuen Vorlage verzichtete der Regierungsrat nach der Vernehmlassung auf ein kantonales Aufnahmeverfahren bei Sozialfällen, weil die Gemeinden erneut opponierten. Neu sollte eine zentrale Fachstelle als Beratungsorgan für die Gemeinden eingerichtet werden. Das Sozialhilfegesetz wurde mit 62 Ja bei einem Nein verabschiedet und ging vor der zweiten Lesung in die Volksdiskussion. – Als letzte grössere Traktanden standen am zweiten Sitzungstag die NFA/KFA-Vorlage sowie die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes zur Debatte. Die Regierung hatte die NFA/KFA zuerst als Mantelerlass vorgelegt, schwenkte aber dann auf den Vorschlag der Parlamentarischen Kommission ein, sie in drei referendumsfähige Teile aufzutrennen. Damit war der grösste Diskussionspunkt vom Tisch. Opposition wurde kaum laut. Mehr als einmal wurde darauf hingewiesen, dass sich die Vorlage nahe an der Grenze der Miliztauglichkeit des Parlamentes bewege. Die Detailberatung wurde praktisch nicht genützt; der Rat hiess die Vorlage mit 62 Ja bei einem Nein und einer Enthaltung gut. Ebenfalls schnell erledigt war die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes. Diese soll die Belastungsverschiebungen in den Gemeinden wegen der Abschaffung des indirekten Finanzausgleichs abfedern und Auswirkungen aus der Steuergesetzrevision mildern.

An der Sitzung vom 20. August verabschiedete der Kantonsrat das revidierte Steuergesetz (62 Ja bei einem Nein und zwei Enthaltungen) und die Vorlage über die Nationalbankgold-Verteilung (eine Gegenstimme und eine Enthaltung) in zweiter Lesung zuhanden der Stimmberechtigten. Während die Vorlage über die Verteilung der rund 124 Goldmillionen obligatorisch dem Volk zu unterbreiten ist, unterstellte der Kantonsrat auf Antrag der Regierung die Steuergesetzrevision durch das Behördenreferendum quasi freiwillig der Urnenabstimmung. Beide Vorlagen hatten die Volkshürde bereits 2006 in ähnlicher Ausgestaltung in einem Paket mit klarer Mehrheit überwunden.

Das Bundesgericht hatte aber einer Beschwerde stattgegeben und den Entscheid wegen fehlender Einheit der Materie annulliert. Die zweiten Lesungen der beiden Erlasse brachten im Parlament zwar nochmals längere Diskussionen, passierten aber mit deutlichen Mehrheiten in der unveränderten Fassung von Regierung und Finanzkommission. Mit dem neuen Steuergesetz würde der Kanton nationaler Spaltenreiter mit dem tiefsten Unternehmenssteuersatz von sechs Prozent (vgl. Sitzung vom 14. Mai). Bei der Verteilung der 124 Goldmillionen gehen 51 Mio. Franken an die 20 Gemeinden und eine Mio. Franken in den Kulturfonds. Mit 61 Mio. Franken werden Schulden abgebaut und durch die Steuergesetzrevision bedingte Ausfälle finanziert. – Die Vorlage über den Beitritt des Kantons zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe wurde vom Rat zurückgewiesen; damit soll zugewartet werden, bis sich der Beitritt der Nachbarkantone abzeichnet. – Mit 62 zu 3 Stimmen wurde das Partnerschaftsgesetz in zweiter Lesung verabschiedet. – Gutgeheissen wurde die Verordnung über die Anstellung und Besoldung von Gerichtspräsidien und nebenamtlicher Richterpersonen. – Der St.Galler Pius Gebert wurde als neuer Kantonsgerichtspräsident gewählt. Er trat an die Stelle von Ernst Zingg, der das Präsidium von Obergericht und Verwaltungsgericht übernommen hat.

Die zweiten Lesungen des revidierten Gesundheitsgesetzes, des Sozialhilfegesetzes sowie der NFA/KFA-Vorlage dominierten die Sitzung des Kantonsrats am 24. September. In der Debatte um das revidierte Gesundheitsgesetz wurde eine kleine Frage zum Politikum: Wollen die Kantonsrättinnen und Kantonsräte den Schutz vor Passivrauchen in Gastronomie-Betrieben durchsetzen oder den Gastronomie-Bereich von der Gesetzgebung ausnehmen? Das Abstimmungsergebnis war klar: 40 Parlamentarier wollen ein Rauchverbot auch in Gastro-Betrieben, 14 stimmten dagegen, sechs enthielten sich der Stimme. Ein Rauchverbot in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit

zugänglich sind, stand bereits fest. Damit die Vorlage nicht am Artikel zum Rauchverbot bzw. Nichtraucherschutz in Gastro-Betrieben scheitert, trat der Rat auf einen Kompromissvorschlag ein. Dieser sah vor, das Volk in der «Raucher»-Frage über einen Eventualantrag abstimmen zu lassen. Auch diesem Antrag stimmte der Rat zu (39 Ja- und 21 Nein-Stimmen). Das Behördenreferendum zugunsten der Volksvorlage wurde mit 47 Stimmen gutgeheissen. – Das Sozialhilfegesetz blieb in zweiter Lesung unbestritten. – Bei der zweiten Lesung der komplexen NFA/KFA-Vorlage mussten die Parlamentsmitglieder über vier einzelne Teile befinden: über den Mantelerlass «Gesetz über die Änderung von Gesetzen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden», über das «Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV», das «Gesetz über die Kantonsbeiträge an Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen» sowie über die «Verordnung über die Änderung von Verordnungen». Sämtliche Abstimmungen fielen klar mit 55 Ja zu einem Nein aus. Auch der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes widerfuhr keine Opposition (54 Ja, je eine Enthaltung und ein Nein). Im Januar 2008 würde eine dritte Lesung durchgeführt, um allfällige Veränderungen aufzufangen. – Das revidierte Berufsbildungsgesetz wurde mit 52 zu zwei Stimmen in zweiter Lesung gutgeheissen. Bei den umstrittenen Elternbeiträgen für Brückenangebote obsiegte ein Kompromissvorschlag der parlamentarischen Kommission, der eine gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats reduzierte Kostenbeteiligung der Eltern vorsieht. – Unbestritten blieb im Rat die Totalrevision der Asylverordnung, welche mit 60 Ja-Stimmen angenommen wurde. Alle Fraktionen äusserten sich positiv zur Vorlage; einzige die SP brachte Vorbehalte an. – Schliesslich stimmte der Kantonsrat einer vorzeitigen Erhöhung der Kinderzulagen um zehn auf die vom Bund bis 2009 als Minimum vorgeschriebenen 200 Franken auf den 1. Ja-

nuar 2008 zu. Ein Antrag der SP, auf 220 Franken zu gehen, wurde klar abgelehnt.

Einmal mehr hatte sich der Kantonsrat an der Sitzung vom 29. Oktober mit einem Vorstoss für die Einführung des Proporzwahlverfahrens bei der Bestellung des Kantonsparlaments zu befassen. Die beiden letzten von insgesamt sechs Proporzbegehren waren in den Jahren 2003 bzw. 2005 zurückgezogen worden. Diesmal wollte die überparteiliche Initiative «Faires Wahlverfahren», die von SVP, CVP, EVP, SP und Gewerkschaftsbund eingereicht worden war, lediglich einen Grundsatzentscheid. Danach würde in der Verfassung verankert, dass das 65-köpfige Parlament im Proporzverfahren gewählt wird. In der Debatte zeigten sich die gleichen Fronten wie bei den letzten Anläufen: Die Mehrheit der FDP und die meisten Parteiunabhängigen als zweitgrösste «Partei» wandten sich gegen die Initiative. Im Proporz würden «Ideologien» gewählt und nicht wie heute Persönlichkeiten, meinte der FDP-Sprecher. Befürworter des Systemwechsels operierten vor allem mit der staatspolitischen Maxime des Minderheitenschutzes und der Gerechtigkeit. Auch wurde argumentiert, Proporz würde den Jüngeren mehr Chancen gewähren. Die Allianz der Kleinen brachte nichts: Die Initiative wurde mit 37 zu 24 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. – In erster Lesung wurde die Revision des Datenschutzgesetzes als Folge des Beitritts der Schweiz zu Schengen/Dublin nach kurzer Diskussion einstimmig gutgeheissen

Die letzte Kantonsratssitzung im Kalenderjahr am 26. November stand traditionellerweise im Zeichen des Budgets für das kommende Jahr. Die Finanzlage Ausserrhodens präsentierte sich ausgezeichnet, die oppositionslose Zustimmung zum Budget machte dies zusätzlich deutlich. Bei einem Aufwand von 406 Mio. Franken ist im Budget 2008 ein Überschuss von einer halben Mio. Franken vorgesehen. Das Budget basiert auf einem um 0,3 auf 3 Einheiten gesenkten Steuerfuss, der damit den tiefsten Stand seit 1991 erreicht. Der Voranschlag wurde

im Rat gut aufgenommen. Die SP scheiterte mit dem Begehrten, die Lohnerhöhung statt auf 2,5 auf 3 Prozent festzusetzen. Die Regierung beharrte erfolgreich auf 0,7 Prozent für generelle und 1,8 für individuelle Lohnerhöhungen. Kritik wurde seitens der Finanzkommission, der FDP und der SVP an der vorgesehenen Steigerung des Personalaufwandes laut. Gegen die Stellenerweiterung (2008 sind 15 neue Stellen sowie ein «Reservefonds» geplant) müsse konkret etwas unternommen werden, forderte der Präsident der Finanzkommission. – Teilweise Enttäuschung und Ärger löste im Rahmen der Diskussion des Finanzplans die Verschiebung der angekündigten neuerlichen Steuergesetzesrevision aus, die insbesondere mittleren und kleineren Einkommen zugute kommen sollte. Statt auf das Jahr 2009 soll sie frühestens auf 2010 in Kraft treten können. Der Gesetzgebungsprozess brauche Zeit und verlässliche Zahlen, argumentierte der Finanzdirektor. – Die Globalbudgets von Spitalverbund (31 Mio. Franken) und Kantonsschule (13 Mio. Franken) erhielten insgesamt gute Noten. – Eine Revision des Umwelt- und Gewässerschutzgesetzes wurde in erster Lesung gutgeheissen. Die rund sieben Mio. Franken teure Sanierung der kontaminierten Schiessanlagen soll als pragmatische Lösung über den Abfallfonds saniert werden. – Angenommen wurde schliesslich auch eine Verordnung gegen Schwarzarbeit. Das Arbeitsinspektorat wurde als Kontrollorgan bestimmt.

Staatsrechnung 2007

Die Staatsrechnung 2007 von Appenzell Ausserrhoden weist einen Überschuss von rund 17,7 Mio. Franken aus. Budgetiert war ein Defizit von rund 0,3 Mio. Franken. Dies ergibt gegenüber dem Budget 2007 einen um rund 18 Mio. Franken besseren Abschluss. Wichtigster Faktor für das gute Ergebnis waren die um rund 12,1 Mio. Franken höheren Steuereinnahmen. Bei den kantonalen Steuern (Staatssteuern) ist ein Wachstum von rund 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Mehreinnah-

men bei den natürlichen Personen betragen 4,2 Mio. Franken und bei den juristischen Personen 3 Mio. Franken. Bei der direkten Bundessteuer betragen die Mehreinnahmen rund 4,6 Mio. Franken. Die Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer stiegen ebenfalls um rund 0,3 Mio. Franken. Die Wirtschaft und damit verbunden die Steuereinnahmen wuchsen stärker als angenommen, was zur erfreulichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr führte. Weiter trug auch die gute Haushaltdisziplin einen Teil zum Ergebnis bei. Weniger Ausgaben als geplant und tiefere Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionen machten rund 5,6 Mio. Franken aus. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund 24 Mio. gegenüber budgetierten 29 Mio. Franken. Der Eigenfinanzierungsgrad lag bei rund 153 Prozent. Rund 16 Mio. Franken des Überschusses wurden als Einlage in den Strassenbaufonds vorgesehen. Damit sollten künftige Investitionen gesichert werden. Ein Rechnungsfehler beim Bundesamt für Strassen im Rahmen des NFA hat zur Folge, dass Appenzell Ausserrhoden jährlich rund sechs Mio. Franken weniger erhält als ursprünglich in der Globalbilanz NFA in Aussicht gestellt. – In den einzelnen Gemeinden gibt es bei den Steuererträgen grössere Unterschiede. Ein mittelfristiger Vergleich zeigt, dass die Steuerkraft bei allen Gemeinden zwischen 2001 und 2007 um durchschnittlich 14,1 Prozent gestiegen ist. Die Extremwerte schwanken zwischen 6,7 und 32,4 Prozent. Einzelne Gemeinden haben die höhere Steuerkraft für eine Senkung des Steuerfusses genutzt.

Volkswirtschaft

In Appenzell Ausserrhoden war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowohl im Gewerbe als auch in der Industrie erfreulich. Dies kommt auch in der weiterhin positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts zum Ausdruck; teilweise verbesserten sich die Eckwerte sogar stärker als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Arbeitslosigkeit um rund 17 Prozent ab. Ende des

Jahres waren bei der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) 611 Personen eingeschrieben. Besonders erfreulich war, dass der Anteil der 15- bis 24-Jährigen bei den Arbeitslosen weiter zurückgegangen ist; auch die Zahl der neu ausgesteuerten Personen entwickelte sich rückläufig.

Wirtschaftsförderung. Neben der Bestandspflege bemühte sich die Wirtschaftsförderung erneut stark um die Neuansiedlung von Firmen. Aus diesen Bemühungen resultierten 27 Ansiedlungen und Neugründungen. Im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision fanden zahlreiche Informationsveranstaltungen statt, welche auf grosses Interesse stiessen. Beim Standortmarketing bildete das Wohnortmarketing einen Schwerpunkt. Bei der fünften Beteiligung an der Immomesse in St.Gallen waren erstmals sämtliche Ausserrhoder Gemeinden am Gemeinschaftsstand vertreten. Der Förderpreis 2007 wurde an die Plasticspritzerei AG in Wolfhalden verliehen, die mit dem Bau der dritten Produktionshalle einen weiteren Schritt vorwärts machte. Die Organisatoren des Historischen Bergsprints Walzenhausen – Lachen wurden mit dem Standortmarketingpreis ausgezeichnet. Gegen Ende des Jahres hat der Regierungsrat den Stiftungsrat der Wirtschaftsförderung davon in Kenntnis gesetzt, dass die Schaffung eines kantonalen Amtes für Wirtschaft geplant sei, welches auch die Aufgaben der Wirtschaftsförderung übernehmen werde.

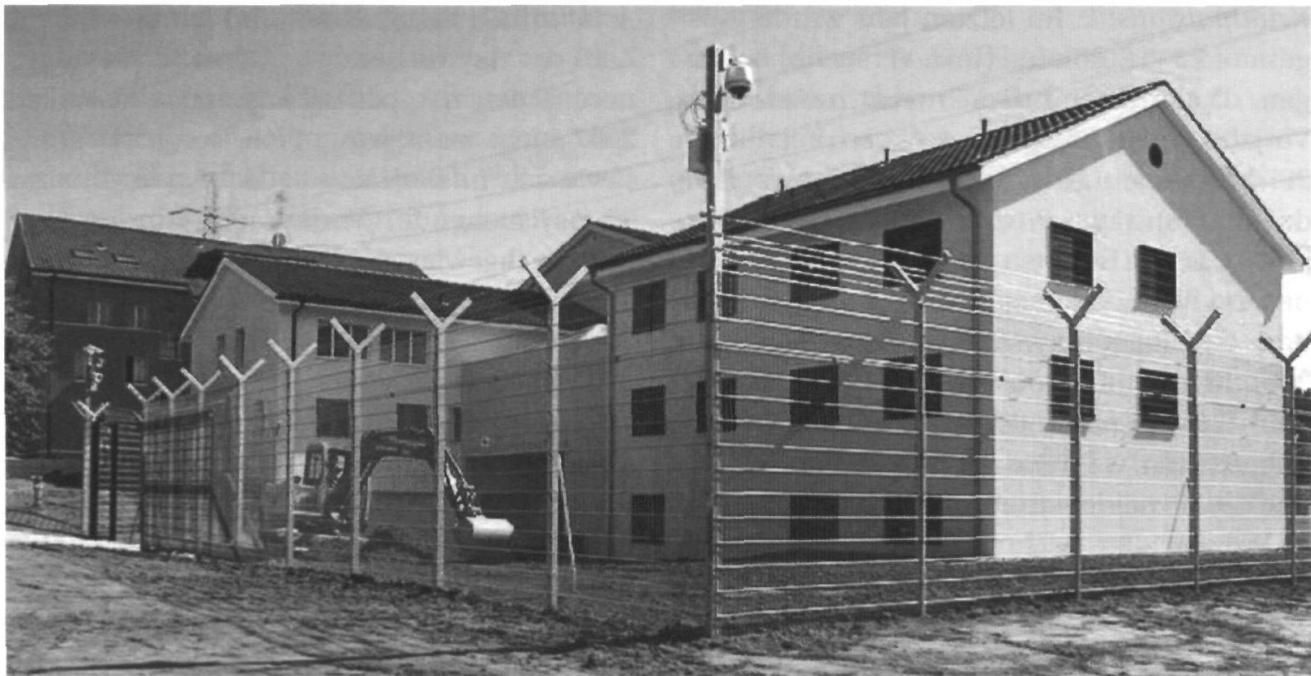
Landwirtschaft und Wetter

Das Landwirtschaftsjahr war von einer Trendwende und damit verbunden von einer positiven Entwicklung geprägt. Die Preissituation verbesserte sich, womit die unmittelbare Zukunft der Bauernfamilien wieder etwas besser aussieht. Im Rahmen eines neuen Förderprogramms des Bundes kann in Urnäsch ein mehrteiliges Projekt mit Gesamtinvestitionen von rund sieben Mio. Franken realisiert werden. Dazu gehören ein Milchverarbeitungsbetrieb für 2,7 Mio. Liter Urnässcher Milch zu Urnässcher

Milchspezialitäten; Umbau eines Käsereifungslagers für neue Käsespezialitäten, Aufbau eines agrotouristischen Angebots auf acht Landwirtschaftsbetrieben im Zusammenhang mit dem Reka-Feriendorf Urnäsch, Ausbau des Landwirtschaftswegs mit Attraktionen sowie Naturerlebnisse im Streuegebiet für Familien und Schulklassen. – Auch 2007 war Ausserrhoden wieder vom Feuerbrand betroffen, dessen Ausbreitung vor allem vom milden Winter und guten Infektionsbedingungen während der Blütezeit begünstigt wurde. War das Wetter im Winter zu mild, fiel dagegen der grosse Schnee erst im März. Der April war sehr niederschlagsarm, während die anschliessenden Sommermonate genügend Niederschläge verzeichneten. Die Monate August und September waren nass und kalt mit Schnee bis auf 1000 Meter. Ausgesprochen sonnig und mild zeigte sich der Oktober. Bereits am 9. November fiel eine stattliche Menge Schnee, und die Schneedecke hielt sich in den Alpen bis weit in den Dezember hinein. Von starken Unwettern blieb das Appenzellerland, im Gegensatz zu anderen Landesgegenden, glücklicherweise verschont.

Justiz und Polizei

Die Strafverfahren sind 2007 stark angestiegen: Die Zahl stieg bei den Erwachsenen um sechs Prozent auf 2300 und um rund 24 Prozent auf 403 Verfahren bei den Jugendlichen. Der Anstieg der straffällig gewordenen Jugendlichen machte einen Ausbau der Jugendarbeitschaft notwendig. Gerade bei jugendlichen Straftätern musste ein direkter Zusammenhang mit übermässigem Alkoholkonsum registriert werden, aber auch der Drogenkonsum stieg an. – Nach einer über 16-monatigen Bauzeit konnte im Sommer das kantonale Untersuchungsgefängnis in Gmünden in Betrieb genommen werden. Damit wurde der bisherige Standort im Dachgeschoss des Rathauses in Trogen frei. Weil der alte Standort insbesondere für die Unterbringung von Ausschaffungshäftlingen den Ansprüchen nicht mehr genügte, mussten 4,4 Mio. Franken in einen Neubau investiert werden.



Das neue kantonale Untersuchungsgefängnis in Gmünden ist bezugsbereit.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Gerichtswesen. Die seit Anfang 2007 eingetretenen Änderungen der Strafkompetenzen des Verhöramtes zeitigten Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung der Ausserrhoder Gerichte. Die Neueingänge im Strafrechtsbereich gingen stark zurück. Auch bei den Zivilprozessen und im Verwaltungsgericht gab es weniger Fälle. Neben verschiedenen personellen Änderungen, die u.a. durch die Wechsel an der Spitze von Ober-, Verwaltungs- und Kantonsgericht bedingt waren, ergaben sich 2007 auch Verschiebungen in der Geschäftslast. – Die Abnahme der Eingänge bei den Zivilprozessen um rund zehn Prozent liegt im langjährigen Erfahrungsbereich. Es erfolgten 194 Urteile, Abschreibungsbeschlüsse oder Prozessentscheide. Rund 78 Prozent aller erledigten Scheidungsverfahren wurden innerhalb eines Jahres beendet, und rund 43 Prozent der übrigen Zivilprozesse dauerten maximal ein halbes Jahr. Die Abnahme der Strafprozesse um 50 Prozent ist durch die Erweiterung der Befugnisse des Einzelrichters bei der materiellen Behandlung von Straffällen erklärbar. Die Verfahrensdauer von rund 92 Prozent der 2007 erledigten Strafprozesse lag bei maximal einem halben Jahr. Die Hauptdelikte lagen bei der Missachtung

der Strassenverkehrsregeln. – Beim Verwaltungsgericht gingen 110 Fälle ein; etwas weniger als im Vorjahr, was damals einer erheblichen Zunahme entsprochen hatte. Seit das Einspracheverfahren auf dem Gebiet der Invalidenversicherung Mitte 2006 abgeschafft worden ist, kann wieder gegen jede Verfügung einer IV-Stelle direkt beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden, was zur Folge hatte, dass die Fallzahlen im Sozialversicherungsrecht markant zunahmen. – Die Zahl der eingegangenen Vermittlungsbegehren hat sich gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent verringert. Insgesamt kam es in weniger als 200 Fällen zu einer Vermittlung, wobei es sich bei 84 Prozent um Forderungsklagen handelte. Eine schlüssige Begründung für den anhaltenden Rückgang der Vermittlungsbegehren gibt es nicht.

Strafanstalt Gmünden. Die Auslastung in der Strafanstalt Gmünden lag 2007 mit 93 Prozent auf dem Niveau des Vorjahrs. Die Ein- und Austritte gingen leicht zurück, doch war eine Zunahme der Strafen von ein bis zwei und von über drei Jahren festzustellen. Die Auftragslage in den Werkstätten war erneut sehr gut.

Kriminalstatistik. Im letzten Jahr wurden insgesamt 2670 Straftaten (inkl. Versuche) begangen, das sind rund drei Prozent mehr als im Vorjahr (2585). Insgesamt waren bei diesen 2670 Straftaten 1611 Straffälle zu bearbeiten, das sind rund zwei Prozent mehr als im Vorjahr (1580). In der Hauptsache handelte es sich dabei um Verstöße gegen das Strafgesetzbuch und das Betäubungsmittelgesetz (2086 und 301). Eine Zunahme ist insbesondere bei den Raubdelikten sowie den Einbruchdiebstählen festzustellen, während die Körperverletzungen und die Sexualdelikte abgenommen haben. Bei 29 Prozent aller Delikte waren Jugendliche involviert, womit Ausserrhoden über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt. Wegen häuslicher Gewalt musste die Polizei insgesamt 58 Mal intervenieren; in 25 Fällen wurde eine Wegweisung verfügt.

Unfallstatistik. In Appenzell Ausserrhoden wurden 2007 insgesamt 338 Verkehrsunfälle polizeilich registriert; das sind zwölf Unfälle weniger als im Vorjahr. Drei Personen wurden getötet (Vorjahr 1) und 156 verletzt (170). Der geschätzte Sachschaden bei den polizeilich registrierten Unfällen stieg um zwölf Prozent auf drei Mio. Franken. Hauptursachen der Unfälle waren erneut die nichtangepasste Geschwindigkeit und das Missachten des Vortrittsrechts. Bei 37 Unfällen (21) musste eine Blutprobe angeordnet werden. Die Altersgruppe der 19- bis 30-Jährigen war an 157 der insgesamt 338 Verkehrsunfälle beteiligt.

Jagdstatistik. Die Hochwild- und Rehwildjagd verlief erneut unfallfrei. Insgesamt wurden 47 Hochjagdpatente und 132 Niederjagdpatente eingelöst. Während der ordentlichen Jagdzeit wurden 369 Rehe erlegt und damit dass Soll zu 89,6 Prozent erreicht; es wurde auf eine Nachjagd verzichtet. In der Hochjagd wurden 11 Gämsen und 18 Hirsche erlegt; auch hier konnte auf eine Nachjagd verzichtet werden.

Asylstatistik. Erstmals seit fünf Jahren sank die Zahl der Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen in Appenzell Ausserrhoden im Jahr 2007 nicht mehr wesentlich, sondern stabilisierte sich auf dem Niveau der beiden Vorjahre. 58 Asylsuchende (Vorjahr 65) wurden dem Kanton zugewiesen. Mit 49 (99) wurden bedeutend weniger Asylverfahren abgeschlossen. Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit den rückläufigen Neuzugängen. Ende 2007 waren 76 (69) Asylsuchende und 77 (74) vorläufig Aufgenommene im Kanton anwesend. Die Personen stammen aus 13 Herkunftsländern. Die Bundesbehörden anerkannten 17 (28) Personen neu als Flüchtlinge. Mit diesem Status lebten Ende Jahr 134 (128) Personen im Kanton.

Bauen und Umwelt

Schwerpunkte auf der politischen Ebene waren die Vorbereitungen für ein neues kantonales Strassengesetz sowie die Revision des kantonalen Umweltschutzgesetzes. Im Bereich des Straßenbaus wurde in Zusammenarbeit mit den Kantonen St.Gallen und Appenzell Innerrhoden zuhanden des Bundes eine strategische Gesamtstudie «A1-Appenzellerland» erarbeitet. Weiter bearbeitet wurde auch das Vorprojekt für eine Tram-Doppelpur im Dorfkern von Teufen, welche dem Tunnelprojekt gegenübergestellt werden sollte. Auch verschiedene Teilprojekte für die Durchmesserlinie Trogen-St.Gallen-Appenzell der Appenzeller Bahnen wurden weiterbearbeitet. Die zuständigen kantonalen Stellen befassten sich ferner intensiv mit den Geruchsbelästigungen, die ihre Ursache in der Biogasanlage in Aedelswil in Herisau haben; es wurden konkrete Massnahmen angeordnet. Im üblichen Rahmen wurde auch im Jahr 2007 dem Unterhalt der kantonseigenen Liegenschaften und des Staatsstrassenetzes die für die Werterhaltung wichtige Beachtung geschenkt.

Gesundheit

Im Bereich Gesundheit ist im Jahre 2007 vor

allem das Ja der Stimmberchtigten zum total revidierten Gesundheitsgesetz mit einem Passus zum Schutz der Nichtraucher zu erwähnen. Die Übertragung neuer Aufgaben durch das Gesundheitsgesetz und den Neuen Finanzausgleich erforderte eine Überprüfung und Anpassung der Organisationsstruktur des Departements. Die Stabsstelle Rechnungswesen und Controlling wurde neu geschaffen und mit dem bisherigen Departementssekretär Rolf Arnold besetzt. Zur Neuorganisation gehören auch das Amt für Gesundheit sowie das Amt für soziale Einrichtungen, der kantonszahnärztliche Dienst sowie die Spitexaufsicht und -beratung.

Spitalverbund. Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden kann auf ein erfreuliches Jahr 2007 zurückblicken. Die Globalkreditvorgaben von gut 29,2 Mio. Franken für das vergangene Jahr konnten eingehalten werden. Die Zahl der stationären Behandlungen lag um 1,7 Prozent über den Vorjahreswerten. Die Aufwendungen für stationäre und ambulante Behandlungen betrugen insgesamt 92,7 Mio. Franken. Innerhalb des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden stieg die Zahl stationär behandelter Patientinnen und Patienten gegenüber dem Vorjahr um 221 (+1,7 %). Mit 6061 stationären Fällen konnte das Ergebnis der beiden Vorjahre übertroffen werden. Dazu beigetragen hat u. a. das Spital Herisau, insbesondere dank den neuen Angeboten im Bereich der Wirbelsäulenchirurgie. Grosser Beliebtheit erfreute sich die Geburtshilfe in den beiden kantonalen Spitätern: Im Spital Heiden wurden 450, im Spital Herisau 497 Kinder geboren. Der Spitalverbund beschäftigt rund 900 Personen und ist damit zweitgrösster Arbeitgeber in Appenzell Ausserrhoden. – In der Geschäftsleitung des Spitalverbunds AR ersetzte am 1. Dezember Urs Kellenberger den bisherigen Spitaldirektor Fredy Furrer. Neu nahm Markus Schmidli, Chefarzt Medizin, Spital Herisau, Einsitz in der Geschäftsleitung des Spitalverbunds. Er folgte auf Marcel Schibli, Chefarzt Chirurgie, Spital Herisau.

Bildung

Das revidierte Berufsbildungsgesetz hat die parlamentarischen Hürden genommen und auch der Erlass der entsprechenden Verordnungen konnte termingerecht abgeschlossen werden. Neuerungen ergaben sich bei den Brücke-Angeboten, bei Berufen, die neu dem Berufsbildungsgesetz unterstellt sind und bei der Erwachsenenbildung. Vorangekommen sind auch die Teilrevisionen der Schulverordnung sowie der Anstellungsverordnung der Lehrpersonen der Volksschule, welche vom Regierungsrat zuhanden des Parlaments verabschiedet worden sind. – Die Zahl der Lernenden in der Volksschule ist weiter zurückgegangen, und zwar von 7252 auf 7041 Schülerinnen und Schüler. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden sich in den kommenden sechs Jahren zeigen, namentlich wenn der Rückgang der Kindergarteneneintritte von 20 Prozent auf der Primar- und Sekundarstufe I spürbar wird. – Das Pilotprojekt «Brücke AR» erreichte eine erfreuliche Erfolgsquote, konnten doch 83 Prozent der Jugendlichen innert Jahresfrist eine Lösung für den weiteren Ausbildungsweg finden. Im zweiten Jahr des Pilotprojekts nahmen 68 Jugendliche das Angebot in Anspruch. – Im Jahr 2007 hat Appenzell Ausserrhoden für ausserkantonale weiterführende Schulen Schul- und Studiengelder von 15,7 Mio. Franken bezahlt. Davon profitierten 224 (Vorjahr 246) Lernende der Sekundarstufe II sowie 872 (800) Studierende.

Kantonschule (vgl. auch Gemeindechronik Mittelland, Trogen). Am Ende des Schuljahres 2006/07 konnten 107 Schülerinnen und Schüler ihre Maturitätsausweise in Empfang nehmen. An der Berufsfachschule Wirtschaft wurden 20 Lernende diplomierte. Das Berufsmaturitätszeugnis nach einem erfolgreichen Praxisjahr wurde 26 jungen Berufsleuten überreicht. Alle 153 Kandidatinnen und Kandidaten, die zu den verschiedenen Prüfungen angetreten waren, hatten bestanden. Im Schuljahr 2007/08 besuchten 769 (Vorjahr 766) Jugendliche die

Kantonschule, sie wurden von 109 Lernenden unterrichtet. Die Berufsfachschule Wirtschaft verzeichnete 16 Neueintritte und die Fachmittelschule 17. Auf der Gymnasialstufe blieb die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die auf Jahresbeginn erfolgte Übernahme der Mensa durch die Schule bewährte sich, konnte die Menuausgabe doch um 40 Prozent gesteigert werden.

Berufsbildungszentrum. Im Berufsbildungszentrum (BBZ) in Herisau stiegen die Schülerzahlen im Schuljahr 2007/08 erneut an, und zwar auf 917 (Vorjahr 823). Diese Zunahme hat verschiedene Gründe: Zum einen ist der zweite Jahrgang der ab Sommer 2006 in Herisau besuchten Detailhandelsberufe eingetreten und zum andern waren die Schülerzahlen in den meisten anderen Berufsfeldern recht hoch. Seit Sommer 2007 werden neu auch die Schreinerpraktiker am Berufsbildungszentrum unterrichtet. Auch die Lernenden der «Brücke AR» gehen im BBZ ein und aus und im Wintersemester zusätzlich die Landwirte im ersten Lehrjahr. Der Anstieg der Lernenden erforderte zusätzlichen Platz, der durch den Umbau der Abwartwohnung in zwei Informatikzimmer und zwei Abtrennungen im Korridor geschaffen wurde. Erfolgreich war auch die erste Überprüfung des vor Jahresfrist eingeführten Qualitätsmanagementsystems, welches durch zusätzliche Anpassungen weiter verbessert worden ist.

Kirchen

Wichtigstes Traktandum der Juni-Synode der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell war die Wahl eines neuen Kirchenratspräsidenten, nachdem Hanspeter Ramsauer, Waldstatt, seinen Rücktritt erklärt hatte. Die Wahl des vorgeschlagenen Kurt Kägi, Herisau, löste längere Diskussionen aus. Insbesondere wurde moniert, der Kandidat und seine Vorstellungen wären zu wenig bekannt. Nachdem ein Antrag auf Verschiebung der Wahl abgelehnt worden war, wurde Kurt Kägi sowohl als Mitglied des Kirchenrats als auch als

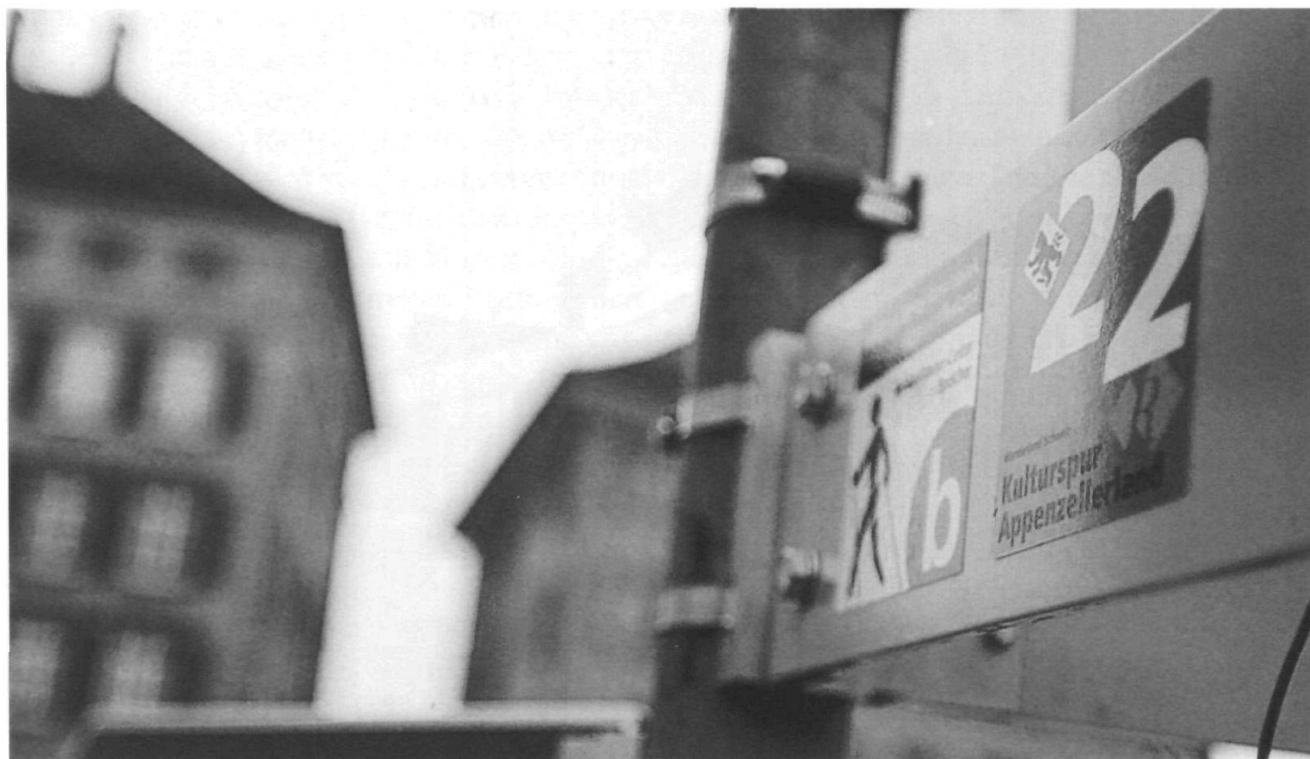
*Der neue
Kirchenratspräsident
Kurt Kägi.
(Bild: Archiv
Appenzeller Zeitung)*



Präsident des Kirchenrats gewählt. Als Präsident erhielt der Herisauer 32 Stimmen, je sieben Synodale stimmten gegen ihn bzw. enthielten sich der Stimme. Der 58-jährige Kurt Kägi hat sein Amt am 1. September angetreten. Im Rahmen der Juni-Synode wurden zudem erstmals Legislaturziele präsentiert. Neben der periodischen Überprüfung des Gesetzeswerks wird eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der internen Kommunikation angestrebt; auch gegen den anhaltenden Mitgliederschwund sollen Massnahmen ergriffen werden. – Anlässlich der Synode im Dezember wurden das Budget 2008 und der Finanzplan ohne grössere Diskussionen verabschiedet. Allerdings waren besorgte Stimmen zu hören, rechnete man doch mit einem Rückgang bei den Steuereinnahmen; dies aufgrund der Steuergesetzrevision, aber auch als Folge der demographischen Entwicklung. Diskutiert wurden ferner die Organisation der Geschäftsstelle und die zeitliche Belastung der Kirchenräte. Es ist vorgesehen, bis im Herbst 2008 ein neues Organisationskonzept zu erarbeiten.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Trotz den nicht mehr zeitgemässen Tourismusstrukturen und einem Nachholbedarf bei der touristischen Infrastruktur hat sich der Tourismus in Appenzell Ausserrhoden positiv entwickelt; insbesondere der Tagestourismus erreichte erfreuliche Frequenzen. So



Die Kulturspur Appenzellerland ist der jüngste Themenwanderweg im Kanton.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

konnte im Gruppengeschäft eine beachtliche Umsatzsteigerung festgestellt werden. Umfragen bei innovativen Hotelbetrieben bestätigten diese erfreuliche Entwicklung. Das Bundesamt für Statistik wies für Ausserrhoden im Jahre 2007 rund vier Prozent mehr Gästeankünfte aus, hingegen blieb die Steigerung mit 0,5 Prozent bei den Logiernächten sehr bescheiden. Verschiedene Anzeichen lassen jedoch bei den Logiernächten auf eine Verbesserung hoffen. Zu nennen sind das Reka-Feriendorf in Urnäsch, aber auch der Wellnesspark Appenzellerland im Unterrechstein, Grub. Erwähnenswert ist ferner die Eröffnung der «Kulturspur Appenzellerland» als jüngster Themenwanderweg, der quer durch den Kanton führt und zu dem auch ein entsprechender Wanderführer mit Wanderkarte erschienen ist.

Auch ein personeller Wechsel ist zu vermelden: Am 1. Dezember übernahm Patrick Hartmann die Leitung der Appenzellerland Tourismusmarketing AG. Er löste Piotr Caviezal ab, der zur Rhätischen Bahn nach Chur wechselte. Der 32-jährige Patrick Hartmann war vorher Geschäftsleiter bei Toggenburg Tourismus.

Appenzeller Bahnen. Seit der Fusion im Juni 2006 blicken die neuen Appenzeller Bahnen zum ersten Mal auf ein vollständiges Geschäftsjahr zurück. Über sechs Mio. Passagiere nutzten im Jahr 2007 die sechs Linien der Appenzeller Bahnen. Dies bedeutet ein Plus von sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Ertrag aus dem Reiseverkehr lag mit 9,5 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahrs. Im Bahngeschäft lag der Gesamtumsatz mit 40,1 Mio. Franken deutlich über demjenigen des Jahres 2006 mit 38 Mio. Franken. Der Aufwand stieg auf 38,2 Mio. Franken. Aus dem ordentlichen Bahnbetrieb resultierte ein erfreulicher Erfolg von 1,9 Mio. Franken. Das positive Ergebnis erlaubte Rückstellungen zugunsten der Personalvorsorge in der Höhe von 1,7 Mio. Franken. Mit der Berücksichtigung des Busbetriebs und zusätzlichen betriebsfremden Positionen resultierte ein Unternehmensgewinn von 205 000 Franken. Das finanzielle Ziel der Fusion ist die Realisierung von Synergien in der Höhe von 1,9 Mio. Franken bis Mitte 2011. Die Appenzeller Bahnen befinden sich diesbezüglich auf Kurs.



Die Appenzeller Bahnen sind nach der Fusion gut unterwegs.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Säntis-Schwebebahn. Die Säntis-Schwebebahn AG blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Insgesamt wurden 462 297 Passagiere befördert, und es resultierte ein Betriebsgewinn von 2,6 Mio. Franken. Vom Gesamtumsatz von 13,4 Mio. Franken wurden 5,2 Mio. mit der Schwebebahn, 7,3 Mio. mit der Gastronomie und 0,9 Mio. Franken mit Infrastrukturleistungen erzielt. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Umsatz um 449 000 Franken erhöht werden. Davon sind 345 000 Franken auf die Zunahme des Verkehrsertrages und 66 000 Franken auf die Zunahme des Gastronomieertrages zurückzuführen. Der Betriebsaufwand belief sich auf 10,7 Mio. Franken. Davon entfallen 5,7 Mio. Franken auf den Personal- und fünf Mio. Franken auf den Material- und Sachaufwand. Der Betriebserfolg betrug 2,6 Mio. Franken oder 20 Prozent des Umsatzes. Nach dem Vornehmen von Investitionen über 585 000 Franken konnte Fremdkapital im Umfang von 2,1 Mio. Franken zurückbezahlt werden. Die Zahl der Aktionä-

rinnen und Aktionäre stieg im vergangenen Geschäftsjahr um 278 auf nunmehr 6903. Im Hinblick auf das Projekt «Schwägalp 2010» wurde für die Liegenschaft Berghotel Schwägalp der Aufwand für die Instandhaltung auf das notwendige Minimum beschränkt.

Kultur

Im Februar 2007 setzte der Ausserrhoder Regierungsrat eine breit abgestützte Kulturkommission ein, die den Auftrag hatte, ein Kulturkonzept vorzubereiten. Als konkrete Auslegung von Kulturförderungsgesetz und -verordnung hält das Konzept die Grundlagen, Instrumente, Voraussetzungen und Kriterien der Kulturförderung fest, setzt Schwerpunkte und definiert sieben Ziele für die nächsten Jahre. Das Kulturkonzept wurde auf Anfang 2008 in Kraft gesetzt. In Zukunft wird ein für vier Jahre gewählter Kulturrat bei den Förderungsentscheiden beratend mitwirken. Neu wird ein kantonaler Kulturpreis verliehen. In einem festlichen Anlass

ist das Kulturkonzept Ende November der Öffentlichkeit vorgestellt worden und gleichzeitig wurde bekannt, dass der Urnäscher Noldi Alder im Jahr 2008 als erster Träger des Kantonalen Kulturpreises geehrt wird. Im Zusammenhang mit dem Kulturkonzept steht der Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Museen, Bibliotheken und anderen kulturellen Institutionen wie dem Heimatschutz. Gestützt auf eine vor-gängige Evaluation werden folgende Museen unterstützt: Appenzeller Volkskunde-Museum in Stein (136 000 Franken), Appenzeller Brauchtumsmuseum in Urnäsch (73 000 Franken), Museum Herisau (71 000 Franken) und Henry-Dunant-Museum in Heiden (20 000 Franken). Alle anderen Museen werden projektbezogen unterstützt. Bei den Bibliotheken werden die verfügbaren Mittel zu gleichen Teilen à je 15 000 Franken auf die vier Regionalbibliotheken in Herisau, Teufen, Speicher-Trogen und Heiden aufgeteilt. – Stellvertretend für unzählige andere kulturelle Ereignisse im Jahr 2007 seien drei speziell erwähnt: Da ist die im Mai eröff-

nete Ausstellung «Für Hitz ond Brand» in elf Museen in Ausserrhoden und Innerrhoden. 30 Kunstschaefende zeigten zeitgenössische Kunst in einer Auseinandersetzung mit den bestehenden Sammlungen. Die alle zwei Jahre stattfindende Künstlerbegegnung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) war dem Thema «Experimentierfreudige Volksmusik» gewidmet und fand im September im Appenzellerland statt. Erwähnenswert ist schliesslich auch die Eröffnung des Zentrums für Appenzellische Volksmusik in Gonten, das von Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden unterstützt wird (siehe unten, S. 254f.).

Kulturstiftung. Die Ausserrhodische Kulturstiftung hat 2007 Werkbeiträge im Gesamtbetrag von 50 000 Franken an insgesamt sieben Kulturschaefende aus den Bereichen Bildende Kunst, Design, Literatur, Theater und Tanz vergeben. Ausgezeichnet wurden Emanuel Geisser (Film, Fotografie, Skulptur, Installation) und Monika Rechsteiner («Tawisupleba», doku-



Die sieben Kulturpreisträgerinnen und -träger nach der Entgegennahme der von der Kulturstiftung vergebenen Werkbeiträge .

mentarischer Film-Essay über Georgien), Bildende Kunst; Rahel Graf (Stoffentwicklungen) und Ute und Andreas Krob (Entwicklung eines multifunktionalen Kleinmöbels), Design; Petra Ivanov (Krimiautorin), Literatur; Simon Froehling (Bühnenwerk, u.a. «Fieberkind»), Theater; Cordelia Alder (Vermittlertätigkeit zeitgenössischer Tanz in Ausserrhoden, choreographische Arbeiten, u.a. «Die Stille und alles dazwischen» und zuletzt «Zeit ist»).

Sport

Zahlreiche Einzelsportlerinnen und -sportler und Mannschaften sind für ihre Verdienste geehrt worden. Insgesamt 58 Medaillen haben Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder im vergangenen Jahr von Schweizer-, Europa- oder Weltmeisterschaften nach Hause gebracht: 25 Goldmedaillen, 14 Silbermedaillen und 19 Bronzemedaillen. Nachfolgend die Liste der Geehrten: Bettina Heim, Herisau: Silber, Eiskunstlauf, SM Elite (09.12.2006), Genf. Beat Hefti, TV Herisau: Gold, 4er-Bob, Weltmeisterschaft, St. Moritz; Gold, 2er-Bob, SM, St. Moritz; Gold, 4er-Bob, SM, St. Moritz. Sarah Kleger, OLG St. Gallen/Appenzell: Bronze, Ski-OL, Kurzdistanz D17, SM, Davos. Philipp Kleger, OLG St. Gallen/Appenzell: Silber, Ski-OL, Kurzdistanz D17, SM, Davos. Hannes Suhner, OLG St. Gallen/Appenzell: Bronze, OL Langdistanz, Sen. 3, SM, Reutenen. CC Herisau-Waldstatt: Bronze, Curling, SM Senioren, Küsnacht ZH. Thomas Heiniger, BC Trogen-Speicher, Junioren: Gold, U19, Mixed Doppel, SM, Genf; Gold, U17, Herren Doppel, SM, Genf; Bronze, U17, Herren Einzel, SM, Genf. Livio Dorizzi, BC Trogen-Speicher, Junioren: Gold, U17, Mixed Doppel, SM, Genf. Simone Spescha, BC Trogen-Speicher, Junioren: Gold, U15, Damen Doppel, SM, Genf; Bronze, U15, Damen Einzel, SM, Genf. Nadine Spescha, BC Trogen-Speicher, Junioren: Gold, U13, Damen Einzel, SM, Genf; Silber, U13, Damen Doppel, SM, Genf. Tenzin Pelling, BC Trogen-Speicher, Elite + Junioren: Silber, Elite, Damen Doppel, SM, Lyss; Bronze, Elite, Damen Einzel, SM, Lyss; Gold,

U19, Damen Doppel, SM, Genf; Bronze, U19, Damen Einzel, SM, Genf. Daniela Heiniger, BC Trogen-Speicher, Senioren: Gold, S45, Damen Doppel, SM, Sion/Sierre; Bronze, S45, Mixed Doppel, SM, Sion/Sierre. Sandra Graf, Gais / TV Teufen: Silber, Rollstuhlsport 1500 m, WM, Taipeh; Bronze, Rollstuhlsport 800 m, WM, Taipeh; Gold, Rollstuhlsport 400 m, SM, Ibach; Gold, Rollstuhlsport 800 m, SM, Ibach; Gold, Rollstuhlsport 1500 m, SM, Ibach; Gold, Rollstuhlsport 5000 m, SM, Ibach. Daniel Weder, TV Teufen, Aktive: Silber, Weit, SM Halle, St.Gallen; Bronze, Aktive, Stab, SM Halle, St.Gallen. Patricia Marciello, TV Teufen, Nachwuchs: Gold, Weit, U18, SM Nachwuchs Halle, Magglingen; Gold, Weit, U18, SM Nachwuchs, Thun. Domenik Meier, TV Teufen, Nachwuchs: Bronze, U12, Cross 2000 m, SM, Gettnau. Karl Wyler, TV Teufen, Masters: Gold, Speer, SM Masters, Bern. Hans Koller, TV Teufen, Masters: Silber, Diskus, SM Masters, Bern; Bronze, Hammer, SM Masters, Bern. Schanika Mohn, TV Teufen, Rhythmische Gymnastik: Gold, Juniorinnen B1, SM, Magglingen. Corinne Hagmann, Schwimmclub Herisau: Gold, Schwimmen, 200 m Brust, Jg. 1993, SM, Grand Lancy; Gold, Schwimmen, 200 m Vierlagen, Jg. 1993, SM, Grand Lancy. Marco Ramseyer, Schwimmclub Gais: Bronze, Schwimmen, 50 m Rücken, Jg. 1989, SM, Arbon. Stefan Manser, TV Gais: Gold, Trial, Kat. Spezialisten, SM (Jahreswertung). TV Schwellbrunn Faustball: Silber, Faustball NLA, SM Halle; Silber, Faustball NLA, SM Feld. David Berger, TV Schwellbrunn Faustball: Silber, Faustball, Nationalteam U21, EM, Salzburg. Martin Berger, TV Schwellbrunn Faustball: Silber, Faustball, Nationalteam U21, EM, Salzburg. Tino Good, ASV Waldstatt: Bronze, Armbrust, Junioren, 10 m Stehend, SM, Wil SG; Bronze, Armbrust, Junioren, 30 m Stehend, SM, Aarau; Bronze, Armbrust, Junioren, 30 m Gesamt (St.+Kn.), SM, Aarau. Andreas Schneider, ASV Herisau: Silber, Armbrust, Junioren, 10 m Kniend, SM, Wil SG; Bronze, Armbrust, Junioren, 30 m Kniend, SM, Aarau. Samuel Bachmann, ASV Herisau: Bronze, Armbrust, Juni-

oren, 10 m Kniend, SM, Wil SG. Jakob Müller, ASV Herisau: Gold, Armbrust, Senioren, 30 m, SM, Wil SG. ASV Herisau: Silber, Armbrust, Elite, 30 m, Gruppen-SM, Ringgenberg; Gold, Armbrust, Junioren, 30 m, SM, Neuhausen. ASV Waldstatt: Bronze, Armbrust, Junioren, 30 m, SM, Neuhausen. Paddy Gloor, Standschützen Teufen, Pistolensektion: Gold, Sportpistole 50 m, SM, Thun; Gold, Standardpistole 25 m, SM, Thun; Silber, Zentralfeuerpistole 25 m, SM, Thun.

Verschiedenes

Personelles. Rochaden an der Spitze gab es bei den drei Parteien FDP, SVP und CVP. Bei der FDP ersetzte Hanspeter Blaser, Herisau, den nach acht Jahren abtretenden Kantonalpräsidenten Roman Messmer, Waldstatt. Bei der SVP folgt auf Jakob Freund, Bühler, der Teufner Ed-

gar Bischof. Bei der CVP blieb nach dem Rücktritt von Kantonalpräsident Walter Bach, Herisau, das Präsidium vorläufig vakant. – An der 175. Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft (AGG) wurde der bisherige Vizepräsident und Kassier Hans Bischof, Grub, zum neuen Präsidenten gewählt. Hans Bischof folgte auf den Innerrhoder Ivo Bischofberger, der das AGG-Präsidium während elf Jahren innegehabt hatte und an der Landsgemeinde im April 2007 als Innerrhoder Ständerat gewählt worden war. Der abtretende Präsident wurde für seine Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt. – An der Hauptversammlung der Ausserrhoder Patentjäger wurde dem kantonalen Wildhüter Rolf Kellenberger die Ehrenmitgliedschaft verliehen. – Das Präsidium der Appenzellischen Offiziersgesellschaft übernahm Niklaus Jäger. Er ersetzte Guido Wettstein.



Ratschreiber Martin Birchler (links) nimmt die Unterschriftenbögen der Initiative zur Wiedereinführung der Landsgemeinde entgegen.
(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Dies und Das. Die Ausserrhoder SVP reichte Mitte August eine Volksinitiative zur «Wiedereinführung der Schulnoten ab der 4. Klasse» ein. Die Initiative vereinigte gegen 1100 Unterschriften auf sich. – Mit rund 1300 Unterschriften wurde im Dezember eine Volksinitiative eingereicht, welche die Wiedereinführung der Landsgemeinde in Appenzell Ausserrho-

den fordert. Hinter dem Begehr steht ein Komitee, dem Frauen und Männer aller Altersgruppen und aus verschiedenen politischen Lagern angehören. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung haben Verena Fricker, die Initiantin des weit über den Kanton hinaus bekannten Trogner Adventsmärkts, zur Appenzellerin des Jahres gewählt.